

Glosse Werbung

## Make Love, Not Leichen: Das Leopold Museum gibt sich tapfer

MATTHIAS DUSINI

Das Leopold Museum wirbt derzeit mit einem Schiele-Bild für die Ausstellung „Trotzdem Kunst!“, die sich mit der Malerei im Ersten Weltkrieg beschäftigt. Das Motiv entspricht so gar nicht dem Klischee, das der Museumsbesucher vom Ersten Weltkrieg hat: Statt Leichenbergen ist ein nacktes Mädchen mit gespreizten Beinen zu sehen.

Was sagt uns diese Werbung? Dass die Libido stärker ist als der Todestrieb, den Sigmund Freud angesichts des großen Mordens konstatierte, *make love, not war?* Vielleicht ist es sogar der Versuch, die Rolle der Frau im Patriarchat sichtbar zu machen. Fest steht nur, dass sich Schieles geile Girls immer gut verkaufen. Und dass der reizbare Publizist Karl Kraus das Museum für diese Heldentat nicht für eine Tapferkeitsmedaille vorgeschlagen hätte. **F**

### Impressum

Falter, Zeitschrift  
für Kultur und Politik.  
37. Jahrgang

Aboservice:  
Tel. +43-1-536 60-928  
service@falter.at

Adresse: 1011 Wien,  
Marc-Aurel-Straße 9,  
Tel. +43-1-536 60-0,  
Fax +43-1-536 60-912.

Redaktionsanschrift Steiermark:  
8020 Graz, Elisabethengasse 27a/l

Herausgeber: Armin Thurnher

Medieninhaber: Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H.

Chefredakteure: Florian Klenk, Armin Thurnher

Chefin vom Dienst: Isabella Grossmann,

Marianne Schreck Redaktion: POLITIK und MEDIEN:

Ingrid Brodnig (Ltg. Medien), Ruth Eisenreich, Joseph

Gepp (Wirtschaft), Nina Horacek (kar.), Benedikt

Narodoslawsky, Barbara Tóth (Ltg. Politik), Wolfgang

Zwander (kar.) FEUILLETON: Matthias Dusini, Wolfgang

Kralicek, Klaus Nüchtern (Ltg.), Michael Omasta, Gerhard

Stöger STADTLIBEN: Christopher Wurmdobler (Ltg.), Birgit

Wittstock, STEIERMARK: Donja Noormofidi, Gerlinde

Pölsler, Tiz Schaffer WOCHE: Lisa Kiss (Ltg.)

Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Sibylle

Hamann, Franz Kössler, Kurt Langbein, Raimund Löw,

Markus Marterbauer, Robert Misik, Eduard Müller, Thomas

Vasek FEUILLETON: Kirstin Breitenfellner, Miriam Damev,

Sebastian Fasthuber, Bettina Hagen, Maya McKeckneay,

Florian Obkircher, Michael Pekler, Heinz Röggl, Robert

Rotifer, Joachim Schätz, Nicole Scheeyer, Jan Tabor

STADTLIBEN: Andrea Maria Dusi, Florian Holzer, Peter

Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List,

Werner Meisinger, Hermes Phettberg, Johann Skocek, Julia

Kospach, Irena Rosc STEIERMARK: Hermann Götz, Günter

Eichberger, Maria Motter, Ulrich Tragatschnig WOCHE:

Katharina Seidler

Redaktionsassistentin: Tatjana Ladstätter

Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina

Gossov, Hans Hochstöger, J. J. Kucek (Steiermark),

Christian Wind Art Direction: Dirk Merbach

Produktion, Grafik, Korrektur: Falter Verlagsges.m.b.H.

GRAFIK: Raphael Moser (Leitung), Barbara Blaha,

Daniel Car, Marion Großschädl, Reini Hackl

KORREKTUR: Wolfgang Fasching, Helmut Gutbrunner,

Wieland Neuhauser, Patrick Sabbagh, Maria Schiestl,

Rainer Sigl, Anna Szyma, Marie Yazdanpanah

Geschäftsführung: Siegmund Schlager

Finanz: Petra Waleta Marketing: Barbara Prem

Anzeigenleitung: Sigrid Jöhler Abwicklung: Franz

Kraßnitzer, Oliver Pissnigg Abonnement: Birgit Bachinger

Datentechnik: Bernhard Mager

Vertrieb: Morawa, 1140 Wien, Hackinger Straße 42

Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, 94036 Passau

Erscheinungsort: Wien. P.b.b., Verlagspostamt 1011

Wien E-Mail: wienzeit@falter.at Programm-E-Mail:

kiss@falter.at Homepage: www.falter.at

Der Falter erscheint jeden Mittwoch. Veranstaltungs-

hinweise erfolgen kostenlos und ohne Gewähr. Gültig:

Anzeigenpreisliste Nr. 27. DVR-Nr. 047 69 86. Alle Rechte,

sich die der Übernahme von Beiträgen nach

§ 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten.

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter

www.falter.at/offenlegung/falterständig abrufbar.



Kommentar Kultur

## Grazer Kunsthaus neu: die kulturpolitische Schnapsidee des Jahres

TIZ SCHAFFER

Das Grazer Kunsthaus und sein Intendant Peter Pakesch haben neuerdings einen gewichtigen Gegner: Es ist Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP).

Dieser kam zur Überzeugung, dass das Kunsthaus – wegen seiner Architektur seit 2003 ein beliebtes Touristenziel, aber vor allem ein Ort für zeitgenössische Kunst – einer Neuausrichtung bedürfe. Noch bevor er Pakesch diese Einschätzung mitteilte, trat Nagl über die *Kleine Zeitung* eine kulturpolitische Debatte los, die es so in Graz lange nicht mehr gegeben hat.

„Es braucht neue Impulse und viel mehr Bewegung und Besucher“, sagte er. Brettern bald BMX-Fahrer im Red-Bull-Dress über die Treppen des Kunsthauses? Dass Nagl mit Dietrich Mateschitz bereits Pläne schmiedet, erzählte Kulturstadträtin Lisa Rücker scherzhalber in inoffiziellen Rahmen, nun macht es als Gerücht die Runde. Auch sie forderte stets eine Öffnung des Hauses – allerdings für die lokale Szene und ohne dabei das internationale Kunstgeschehen aus den Augen zu verlieren.

Geht es aber nach dem Bürgermeister, dann könnten in Zukunft nicht nur Kreative, sondern sehr wohl auch Konzerne mit ihren Konzepten für eine jeweils auf zwei Jahre angelegte Programmierung vorstellig werden – nachdem die Stadt die Verträge mit dem Universalmuseum Joanneum (UMJ) gelöst und das Kunsthaus übernommen hat. Es deutet einiges darauf hin, dass Nagl es ernst meint.

Man kann sich vorstellen, wie die Reaktionen auf ein vom UMJ eingerichtetes Blog von Kulturschaffenden wie der Direktorin des Mumok bis zum Leiter der Documenta ausgefallen sind. Gefällt uns nicht! Und den lokalen Kunstinstitutionen des Mittelbaus – Forum Stadtpark, Camera Austria und zahlreiche andere –, die in den letzten Jahren immer wieder kritische Worte zum Kunsthaus fanden, blieb angesichts des plumpen Vorstoßes von Nagl nichts anderes übrig, als sich in einer gemeinsamen Stellungnahme auf die Seite von Pakesch zu stellen.

Der Vorstoß Nagls – der überlegt, in die Landespolitik zu gehen – darf als frühe PR-Maßnahme zur Landtagswahl 2015 interpretiert werden.

Nur er hat damit nicht nur die Kunstfeindlichkeit in der Bevölkerung geschürt, sondern zugleich eine Diskussion über die Qualität des Kunsthauses, seine Lebendigkeit und seine Positionierung vorerst verunmöglicht. Sollte aus einem Haus für Gegenwartskunst tatsächlich ein Zirkuszelt werden, dann befördert man Graz, das, wie es der Künstler Martin Kippenberger einmal formuliert hat, ohnehin „am Arsch der Socke“ liegt, noch tiefer in die Provinz. **F**

Kommentar Politik

## Es geht nicht um Volksgruppen, sondern um Multi-Identitäten

BARBARA TÓTH

Zugegeben, die Debatte ist etwas akademisch. Aber nichtsdestoweniger spannend. Wenn man sie nur richtig führen würde.

Bei einer Podiumsdiskussion letzte Woche wurde der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger gefragt, ob Türken nach dem österreichischen Volksgruppengesetz den Status einer rechtlich anerkannten Minderheit bekommen könnten – zweisprachige Ortstafeln und eigene Schulen inklusive. Holzinger antwortete, wie Juristen eben antworten. Ja, gemäß dem Völkerrecht könne eine Gruppe von Zuwanderern „nach einer bis drei Generationen“ versuchen, sich solche Sonderrechte zu sichern.

Bekommt Wien nun türkische Ortstafeln? Werden sich jetzt auch Polen um eine Anerkennung als „Volksgruppe“ in Österreich bemühen, wie sie den „autochthonen“ Minderhei-

ten der Kroaten, Slowenen, Tschechen, Slowaken, Ungarn und Roma garantiert sind?

Das sind die falschen Fragen. Besser wäre es zu erkunden, welche Relevanz die Idee einer „Volksgruppe“ in einem zusammenwachsenden Europa überhaupt noch haben soll. Sollten wir nicht besser lernen, mit den multiplen Identitäten umzugehen, die unsere Gesellschaft heute prägen?

Wienerin mit jüdischen Wurzeln und einem ungarischen Vater. Austro-Türke in dritter Generation, Arbeitsplatz: VW-Werk Wolfsburg. Europäerin mit österreichischem Pass, Büro in Brüssel, Kinder wachsen zweisprachig auf. Das sind die Lebensläufe der Zukunft. Nicht nur für eine mobile Elite, sondern auch für qualifizierte Arbeiter.

Sie produzieren Bindestrich-Identitäten und multiple Zugehörigkeitsgefühle. Mit der Idee von Volksgruppen kommt man nicht mehr weit. **F**

## Felix Austria, rechne

### Die urösterreichische Lust am Budgetdrama verhindert eine

GASTKOMMENTAR:  
MARKUS MARTERBAUER

Vierzig Milliarden Euro Budgetloch, Hypodesaster, eine uninspirierte Budgetrede: Die Regierung trägt zu den Budgetproblemen Österreichs mit einem bemerkenswerten Kommunikationsversagen und dem Fehlen gemeinsamer offensiver Projekte bei. Dabei trifft sie auf eine in liberalen Medien und konservativer Öffentlichkeit verbreitete Neigung, den Staat und den Staatshaushalt generell schlechtzumachen.

Gerade was die Staatsfinanzen betrifft, ist Österreich das einzige EU-Land, das sich selbst systematisch schlechter darstellt, als es der Realität entspricht. Noch im Herbst prophezeiten Politik und Wirtschaftsforschung ein Budgetloch ungeahnten Ausmaßes (*Falter* 47/13). In der Abrechnung für 2013 betrug das Defizit dann nur 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also 4,5 Milliarden Euro, knapp zwei Milliarden davon aufgrund von direkten Bankenkosten.

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage ist dieses Defizit erstaunlich niedrig, wahrscheinlich sogar zu niedrig in dem Sinn, dass faktisch vorhandene Spielräume zur Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit nicht ausreichend genutzt wurden.

Die Tendenz zur Überschätzung des Budgetdefizits setzt sich auch in Finanzminister Michael Spindeleggers (ÖVP) Entwurf für das Budget 2014

und in der mittelfristigen Finanzplanung fort. Ob heuer das gesamtstaatliche Defizit von 2,7 Prozent des BIP hält, ist vor allem vom Bankensektor abhängig, für den davon 1,3 Prozentpunkte, also fast die Hälfte, veranschlagt sind.

Für das strukturelle Budgetdefizit, bei dem um solche Einmaleffekte der Bankenhilfe und um die Konjunktur bereinigt wird, sieht das Finanzministerium einen Wert von 1,1 Prozent des BIP vor, noch zwei Milliarden über dem geplanten Nulldefizit.

Angesichts der schon vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen, vor allem aber wegen der gewählten Berechnungsmethode ist diese Schätzung zu pessimistisch. Schon allein der weitere Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 20.000 zeigt, dass die Wirtschaft in großem Stil unterausgelastet ist und das um Einmalmaßnahmen bereinigte Defizit nicht strukturell, sondern das Ergebnis ungünstiger Konjunktur ist.

Diese Überschätzung des strukturellen Budgetdefizits dient dem Ziel, das Konsolidierungserfordernis möglichst groß darzustellen. Etwa um weitere Einsparungen im öffentlichen Pensionssystem zu erzwingen.

Dieses hat sich in der Finanzkrise einmal mehr als überlegen gegenüber den privaten, kapitalgedeckten Alternativen erwiesen. Es sichert auch jenen einen akzeptablen Lebensstandard im Alter, die über kein Vermögen verfügen. Mit einer Politik, die konsequent auf höhere Beschäftigung – auch bei den über 60-Jährigen – und